Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.

Abonnementspreis vierteljährlich ¼ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 46 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 350. Montag den 16. December 1878. 72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung des Packetei-Verkehrs in den letzten Tagen vor Weihnachten und behufs Fernhaltung von Störungen im Postdienstbetriebe sind die hiesigen Postämter angewiesen worden, **vom 21. bis einschließlich 24. December d. J. die Schlußzeiten** für die mit den Eisenbahnzügen abzusendenden Fahrpostgegenstände **eine Stunde früher** als unter gewöhnlichen Verhältnissen eintreten zu lassen.

Leipzig, den 12. December 1878. **Der Kaiserliche Ober-Postdirector.**

An einen hiesigen Einwohner ist am 12. dss. Mts. eine hier aufgegebene Postkarte gelangt, aus welcher in einer aufgeklebten Handschrift der Adressat mit Tödtungsangriffen bedroht wird, falls er nicht einen auf der Postkarte ihm vorgeschriebenen Weg einschlage.

Obwohl die alberne Art, in welcher die Drohung ausgesprochen ist, nicht die Besorgniß erregen kann, es sei dem Schreiber Ernst mit der Drohung so erachten wir doch seine Bestrafung für nothwendig.

Wir haben diese Postkarte in unserm Paßbureau am Naschmarkt im Erdgeschoß zu Jedermanns Ansicht niedergelegt und sichern Demjenigen

eine Belohnung von 200 Mark

zu, von welchem zuerst uns eine Mittheilung zugeht, auf deren Grund der Schreiber der Postkarte ermittelt wird.

Leipzig, am 15. December 1878. **Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
Dr. Rüder.

Bekanntmachung.

Das Diakonat an hiesiger Neukirche ist zu besetzen.

Mit der Stelle ist ein Einkommen von jährlich Drei Tausend sechs Hundert Mark und eine Wohnungsentschädigung von Ein Tausend zwei Hundert Mark verbunden.

Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse schriftlich **bis zum 31. December d. J.** bei uns einreichen.

Leipzig, den 7. December 1878. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir die Fischerobermeister Herrn Heinrich Adolph **Böse** und Herrn Friedrich Wilhelm **Köhler** angewiesen haben, die Flüsse, Fluthrinnen und Teiche hiesigen Stadtbezirks, soweit dieselben als Eisbahnen benutzt werden, während der Dauer gegenwärtigen Winters sorgfältig zu überwachen.

Es ist daher den Anordnungen derselben sowohl seitens der Inhaber der Eisbahnen, als auch seitens der die Eisbahnen Besuchenden unbedingt Folge zu leisten.

Insbesondere ist das Betreten des Eises und das Schlittschuhlaufen, bevor solches auf der fraglichen Eisbahn von den Obengenannten für unbedenklich erklärt worden, verboten. Es haben auch die Inhaber der Eisbahnen auf bezügliche Anordnung und namentlich bei eingetretenem Thauwetter den Zutritt zu ihren Bahnen ferner nicht zu gestatten und etwaige eisfreie oder nicht genügend sichere Stellen in gehöriger Weise abzusperren.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu Sechzig Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Leipzig, den 11. December 1878. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

Vom 19. bis einschließlich 28. December d. J. wird die Packet-Ausgabestelle von dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 **am Augustusplatze** nach den Neubauten auf dem hiesigen Postwagenremisen-Grundstücke, Hospitalstraße, verlegt.

Leipzig, den 12. December 1878. **Der Kaiserliche Ober-Postdirector.**

Bekanntmachung.

Eine Anzahl **alter Schulbänke** soll

Mittwoch, den 18. December d. J., Vormittags 10 Uhr

in der alten Thomasschule, Thomaskirchhof Nr. 27, unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 9. December 1878. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi.

Wohnungs-Vermiethung.

Die seither für 750 ℳ jährlichen Miethzins vermiethete, für den 31. März 1879 gekündigte **Wohnung** in der **III. Etage** des der Stadtgemeinde gehörigen Hauses **Reichsstraße Nr. 56**, bestehend aus 4 Stuben, 3 Kammern, 2 Alkoven, Küche, 1 Bodenkammer und sonstigem Zubehör, soll **vom 1. April 1879 an** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden.

Die Vermiethungsbedingungen, aus denen auch zu ersehen ist, welche Herstellungen in der zu vermiethenden Wohnung auf städtische Kosten bewirkt werden sollen, liegen an Rathsstelle zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, am 10. December 1878. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Zum Zwecke der Einkommensteuereinschätzung auf das Jahr 1879 werden, vom heutigen Tage ab, diejenigen Beitragspflichtigen, deren Einkommen nicht zweifellos unter dem Betrage von 1600 ℳ bleibt, zur schriftlichen Declaration ihres Einkommens unter Zufertigung eines Declarationsformulars und unter Einräumung einer zehntägigen, vom Tage der Behändigung ab zu rechnenden Frist, **deren Versäumniß den Verlust des Reclamationsrechtes für das laufende Steuerjahr nach sich zieht**, aufgefordert.

Gleichzeitig wird in Gemäßheit des §. 33 der zum Einkommensteuergesetze vom 2. Juli dieses Jahres erlassenen Ausführungsverordnung vom 11. October a. c. hierdurch bekannt gegeben, daß auch Denjenigen, welchen eine Declarationsaufforderung nicht zugesendet wird, es freisteht, eine Declaration über ihr Einkommen

bis zum 4. Januar 1879

bei unserer Stadt-Steuereinnahme, Brühl 51, Blauer Harnisch, III. Stock, einzureichen, woselbst auch Declarationsformulare unentgeltlich in Empfang genommen werden können, und werden ferner alle Vormünder, ingleichen alle Vertreter von Stiftungen, Anstalten, Personenvereinen, liegenden Erbschaften und anderen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Vermögensmassen aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen bez. für die von ihnen vertretenen Stiftungen, Anstalten u. s. w., soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen haben, Declarationen an obengedachter Expeditionsstelle auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugehen sollten.

Leipzig, den 14. December 1878. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Koch.

Zur Lage.

□ **Berlin**, 13. December. Die **Aufklärungen**, welche Graf **Andrassy** der **österreichischen Delegation** über das Verhältniß zwischen **Deutschland und Oesterreich-Ungarn vor dem Congresse** und während desselben gegeben, haben hier nicht nur die gebührende Beachtung, sondern auch volle Befriedigung geweckt. Die Klarstellung dieser Beziehungen war längst auch auf deutscher Seite erwünscht, doch war ein Anlaß dazu nicht vorhanden, ebensowenig aber auch ein Interesse, einen solchen hier besonders herbeizuführen. Wenngleich Graf **Andrassy** die Protokolle des **Berliner Congresses** und deren Beweiskraft zu seinen Gunsten angerufen, so ist seine Rede doch nach verschiedenen Richtungen hin eine werthvolle Vervollständigung und Ergänzung der stellenweise lückenhaften Beleuchtung, welche die Protokolle auf die Verhandlungen des Congresses und auf die Vorgeschichte desselben fallen lassen. Lag doch der Schwerpunct ohnehin in den vertraulichen Besprechungen, ohne welche die Beseitigung der vielfachen Schwierigkeiten kaum möglich gewesen wäre.

Deutschland kann somit für die Loyalität seiner Politik ebenso einerseits das autoritative Zeugniß des Ministers von **Oesterreich-Ungarn** anrufen, wie andererseits das des **Kaisers von Rußland**, welcher vor wenigen Tagen in **Petersburg unseren Kaiser** wiederum als seinen **besten Freund** bezeichnet hat; auch die Minister von **England, Frankreich und Italien** haben den ehrlichen Anstrengungen Deutschlands auf dem Congresse seitdem wiederholt Gerechtigkeit widerfahren lassen. „**Deutschlands bester Freund**" ist Kaiser **Alexander** auch hier im Mai 1875 genannt worden, obgleich — oder weil — die **russische** Politik damals den persönlichen Beziehungen der beiden Herrscher und dem bis dahin so vielfach erprobten Verhältnisse der beiden Regierungen zu einander wenig Rechnung trug. Kaiser **Alexander** ward da in eine Rolle hineingedrängt, die von ihm weder erstrebt worden, noch ihm irgendwie angenehm war, — ein Umstand, der indeß selbstredend weder den persönlichen Beziehungen der beiden Regenten zu einander, noch dem Verhältnisse der beiden Regierungen Abbruch zu thun vermocht hat.

Die letzten drei Jahre haben dafür manche Beweise erbracht. Im Uebrigen wird das Interesse an der Politik für uns gegenwärtig fast ausschließlich von den **inneren** Angelegenheiten in Anspruch genommen. Kaiser **Wilhelm** hat in vielfachen Ansprachen der letzten Tage keinen Zweifel darüber belassen, wie ernst er die Lage auffaßt. Seine Mahnung an die Behörden zu einer gerechten, aber **energischen** Handhabung der Gesetze war vielleicht weniger noch an diese Behörden selbst als an das Publicum gerichtet, auch an die politischen Körperschaften, in deren Reihen nicht die nöthige Entschlossenheit vorhanden ist, der Regierung in der Unterdrückung der revolutionairen Organisationen und Agitationen thatkräftig zur Seite zu stehen.

Unter solchen Umständen kann es kaum auffallen, daß die **Centrums-Fraction** weitgehende Hoffnungen zur Schau trägt und nochmals einen gewaltigen Ansturm gegen die kirchenpolitische Gesetzgebung unternimmt, d. h. zur **Offensive** gegen die Regierung übergeht, mit welcher sie angeblich Frieden schließen will. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um eine Durchkreuzung der versöhnlichen Politik, welche sich mit **Rom**, aber nicht mit dem **Centrum** verständigen will, d. h. mit dem geistlichen Oberhaupte der katholischen Christenwelt, aber nicht mit einer **preußenfeindlichen**, politischen Partei. Für die Führer dieser letzteren Partei handelt es sich um eine Art Existenzkampf; ihre **politische Rolle** ist ausgespielt, sobald der Papst und die **preußische** Regierung sich verständigen.

Die Anträge des **Centrums** auf Aufhebung des größten Theiles der **Maigesetze** waren ebenso gegen die friedliche Strömung in Rom wie gegen die **preußische** Regierung gerichtet. Den Führern des Centrums kommt es darauf an, den **Frieden zu unterbinden**; sie brachten deshalb die für die Regierung unannehmbaren Anträge ein, um dem Papste die weiteren Verhandlungen zu erschweren und bei den kommenden **Landtagswahlen** die Regierung vor den Wählern als denjenigen Factor hinzustellen, „der den Frieden **nicht** will". Zugleich ist es eine Art Revanche für das Desaveu, welches Leo XIII. kürzlich Denjenigen ertheilte, „die das große Wort des Tages führen", eine Lection an die Adresse des Centrums.

Das ist **Centrums-Politik**, oder vielmehr die der Führer des Centrums; ob die Speculation richtig ist, wird wesentlich von der ferneren Haltung **Roms** abhängen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 15. December.

Die Vorgänge im **preußischen Abgeordnetenhause**, die sich auf die Klarstellung des Verhältnisses zwischen **Staat und Kirche** beziehen, werden so bald nicht aufhören, eine weitere Klärung der **Parteilage** herbeizuführen. Auch das verknöcherte **Torythum**, welches sich so wenig wohlthuend von der Gesinnung des **maaßvollen Conservatismus** abhebt, indem es sich dem jesuitischen Lager als Bundesgenosse aufdrängt — wer dächte dabei nicht an den verstorbenen **Gerlach**, einen evangelischen Mann, der mit den Jesuiten gegen seinen König und das Vaterland stimmte? — wird die letzte parlamentarische Campagne schwer verwinden.

An der Niederlage des **Centrums** vom 11. December hat die **alt**conservative Partei einen reichlichen Antheil. Sie ist gewissermaßen noch schlimmer daran. Wenn sich zwischen dem Standpuncte der **Staatsregierung** und demjenigen des **Centrums** ein diametraler Gegensatz ergab, so war das lediglich die neuerliche Klarstellung eines alten, selbstverständlichen Verhältnisses. Die **alt**conservative Partei dagegen, oder, wie sie sich selbst lieber nennt, die **conservative Partei schlechtweg**, hatte sich in neuerer Zeit ganz an den süßen Gedanken gewöhnt, die Regierung in ihr Fahrwasser einlenken zu sehen. Darum war für sie die **Enttäuschung** durch die **Falk**'sche Rede bitterer, als selbst für die **Centrumspartei**. Die ganze Rathlosigkeit, in die sie sich versetzt sah, erhellt aus dem Umstande, daß sie **gegen** den Uebergang zur Tagesordnung stimmte, am anderen Tage aber in der „**Kreuzzeitung**" erklären ließ, sie würde „vielleicht" **für** die Tagesordnung gestimmt haben, **wenn** ihr zum Worte gemeldeter Redner, der Abgeordnete v. **Hammerstein**, noch die von der Fraction beabsichtigten Erklärungen hätte abgeben können! Man hätte auf diese Erklärungen in der That gespannt sein können; denn nachdem conservative Programme und Preßorgane seit Jahren die Forderung erhoben haben, daß der **Staat** mit einer **Revision** der **Maigesetze** den Anfang zur Wiederherstellung des Friedens mache, ist für den gewöhnlichen Verstand wenigstens nicht ersichtlich, aus welchen Gründen man sich der Unterstützung des ersten Schrittes zu solcher Revision hätte entziehen wollen. Im Uebrigen aber ist es für die **Klärung der Situation** jedenfalls besser gewesen, daß die **Alt-Conservativen** der Regierung ein unumwundenes und ehrliches **Nein** entgegensetzten, als wenn sie sich „aus taktischen Rücksichten", wie die „**Kreuzzeitung**" erklärt, mit einem verclausulirten und werthlosen Ja um die Klippe herumgedrückt hätten. Sobald man Aufrichtigkeit walten läßt, ist eben ein Zusammengehen dieser Partei mit der Regierung auf dem Gebiete der Kirchenpolitik einfach eine Unmöglichkeit. Niemand kann darüber in Zweifel sein, daß das einzige oder wenigstens das hauptsächlichste Ziel der **Kreuzzeitungspartei** in dieser Richtung die **Beseitigung des Civilehegesetzes** ist. Gerade in diesem Puncte aber wird jede verständige Regierung in **Preußen** wie im Reiche der Ueberzeugung sein müssen, daß der einmal gethane Schritt nicht wieder zurückgethan werden kann. Die Lage des übelwollenden **Torythums** ist eine höchst prekäre, denn politische Fehler von dieser Schwere sind die Anzeichen der Auflösung, des Anfangs vom Ende.

* * *

Am Freitag wurde zu **Braunschweig** der **Landtag** im Auftrage des Herzogs durch den Staatsminister **Schulz** mit einer Rede eröffnet, welche zunächst dem Schmerz und der Entrüstung über die gegen den **Kaiser** gerichteten Frevelthaten, sowie dem Danke gegen die Vorsehung über die Wiedergenesung Sr. Majestät Ausdruck verleiht. Die Eröffnungsrede gedenkt sodann mit Befriedigung der erhebenden Kundgebungen treuer Anhänglichkeit an Kaiser und Reich und spricht die Hoffnung aus, daß die gegen eine bekannte Umsturzpartei ergriffenen kräftigen Maßregeln dazu beitragen werden, den Gefahren, welche auch den volkswirthschaftlichen Entwickelungsgang tief schädigen, ein Ende zu machen. — Die **Finanzlage** des Herzogthums sei nicht mehr so befriedigend, wie bei Eröffnung des vorigen Landtages; eine baldige Besserung derselben sei wesentlich nur von einer Verminderung der dem Reiche zu zahlenden **Matricularbeiträge** zu erwarten. — In der sich anschließenden ersten Sitzung des Landtages stellte der Abg. v. **Beltheim** den Antrag, an das herzogliche Staatsministerium das Ersuchen zu richten, dasselbe möge im Hinblick auf die neuerdings eingetretenen Verhältnisse in Erwägung ziehen, ob und welche Maßregeln getroffen werden können, **damit im Falle der Erledigung des Thrones des Herzogthums** die in der durch die **Reichsverfassung** verbürgte **Selbstständigkeit des Landes** einbegriffene **ordnungsmäßige Verwaltung** vor **Störungen gesichert** werde, und zu dem Ende die für sachgemäß erachteten Vorlagen baldthunlichst an die Landesversammlung gelangen lassen.

Aus **Stuttgart** wird der „N. Z." geschrieben:

Wir haben wieder einen Minister des **Auswärtigen**; es fehlt nur die **auswärtige Politik**. Die Sache ging so zu: Ministerpräsident **Mittnacht** legt die Leitung des **Justizministeriums** nieder, Ministerpräsident bleibt er, hat aber als solcher keinen Ministergehalt; es mußte ihm also ein Ministergehalt geschaffen werden, wozu sich der seit einiger Zeit leer laufende Etat des **Ministeriums des Auswärtigen** darbot. Die Genehmigung durch die Kammer ging gleichsam spielend vor sich, da zuerst eine Partei, dann die andere durch einen beauftragten Redner in für den neuen Minister des Auswärtigen schmeichelhafter Weise ihre Geneigtheit zur Bewilligung aussprach. „Neu" ist übrigens der Minister des Auswärtigen nur, sofern er den Gehalt eines solchen bezieht; die Geschäfte des Departements — sie mögen nicht allzu schwierig sein — hatte Herr **Mittnacht** schon bisher geführt. Mit Leichtigkeit hat die Regierung auch den **Gesandtschaftsapparat** in **Berlin, München, Wien, Petersburg** durchgesetzt. Der Volksparteiführer **Karl Mayer** sprach (natürlich!) für die Regierungsvorlage, ganz entsprechend dem **particularistischen** Grundzug der kleinstaatlichen demokratischen Demagogen, da konnte es nicht fehlen. Die **Nationalliberalen** verlangten nur durch **Eben** getrennte Abstimmung über die einzelnen Posten, damit der Einzelne andeuten könne, für welchen Posten er stimme, für welchen nicht. Die früher üblichen Reden vom Regierungstisch über die „**Nothwendigkeit**"

SLUB
Wir führen Wissen.